

Überregionaler Pressespiegel 12.02.2012

der Freitag | 12.02.2012 | Michael Bartsch

Friede auf den Barrikaden

Seit Jahren missbrauchen Nazis den Jahrestag der Dresdner Bombennacht für Aufmärsche. Nun endlich findet die Stadt dazu eine Haltung

Jedes Jahr ertönt in den Kirchen Dresdens am 13. Februar die Motette „Wie liegt die Stadt so wüst“ des ehemaligen Kantors der Kreuzkirche, Rudolf Mauersberger. Entstanden ist sie kurz nach dem markantesten Tag in der Stadtgeschichte, als am 13. Februar 1945 britische und amerikanische Bomber begannen, die Innenstadt in ein Ruinenfeld zu verwandeln. So wird es auch in diesem Jahr sein. Und doch denken bei diesem Datum inzwischen wohl die wenigsten Dresdner zuerst an 1945. Längst hat die Geschichte der vergangenen zehn Jahre das Gedenken an die Rückkehr des von Deutschland entfesselten Kriegs überwuchert.

Die jährlich stattfindenden, sogenannten „Trauermärsche“ für die Bombenopfer gehören zu den größten Nazikundgebungen Europas. Im Rekordjahr 2009 kamen etwa 7.000 Rechte zu der von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland JLO organisierten Demo. Die Märsche haben eine Generalauseinandersetzung nicht nur Linker mit den zeitgenössischen Vertretern des Ungeists von damals provoziert – deren Brutalität die Entdeckung der Zwickauer Zelle nun erneut ins Bewusstsein rückt. Für Rechte wie auch für die ebenfalls zahlreichen Gegendemonstranten will die Stadt nicht mehr als Kulisse dienen. Bisher bestand der größte Erfolg der Nazis in der Spaltung der Dresdner selbst, aber auch im Dissens zwischen Dresdnern und auswärtigen Gegendemonstranten, wie mit der Provokation der Rechten umzugehen sei.

2012 fällt der eigentliche Gedenktag auf einen Montag. Ähnlich wie im Vorjahr werden deshalb die wesentlichen Auseinandersetzungen für den 18. Februar erwartet. In diesem Jahr hat sich eine von CDU-Oberbürgermeisterin Helma Orosz berufene Arbeitsgemeinschaft in einem halbjährigen Diskussionsprozess auf einen Kompromiss zum Programm geeinigt. Zu Blockaden des beabsichtigten Nazi-Marsches kann die AG zwar nicht aufrufen. Aber sie verständigte sich unter anderem auf eine gemeinsame Großkundgebung auf dem Schloßplatz, die in Hör- und Sichtweite des Nazi-Stellplatzes verlagert werden kann. Am 13. Februar kann der Stadtrundgang „Täterspuren“, im Vorjahr verboten, wieder stattfinden. Ansonsten bleibt es an diesem Tag bei der Menschenkette sowie Gedenk- und Protestveranstaltungen. Die von Nazis missbrauchte Kranzniederlegung am Heidefriedhof wird allerdings durch weiße Rosen und eine neue Form ersetzt.

Vergewaltigung der Opfer

Der Mann, der wesentlichen Anteil am erstmals gefundenen Konsens hat, sprach am vergangenen Sonntag zum Auftakt der „Dresdner Reden“ im Staatsschauspiel. Frank Richter, der ehemalige Kaplan an der Dresdner Hofkirche ist zum zweiten Mal nach 1989 zu einer Dresdner Schlüsselfigur geworden. Am Abend des 8. Oktober 1989, also einen Tag vor der legendären Leipziger Großdemonstration gegen das SED-Regime, stellte seine Vermittlung im Polizeikessel auf der Prager Straße die Weichen für einen friedlichen Verlauf der Kerzenrevolution in der DDR. Im Namen der Demonstranten erhielt die

spontan ausgewählte „Gruppe der 20“ ein Mandat für Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister. Später quittierte Richter den Kirchendienst, arbeitete im Bildungswesen und leitet seit 2009 die sächsische Landeszentrale für politische Bildung. Richter traute man am ehesten die Qualitäten eines Moderators der AG „13. Februar“ zu. Und er enttäuschte nicht. An diesem Runden Tisch hat sich im Jahr 2011 eine erstaunliche Entwicklung vollzogen. Der gefundene Konsens scheint stabil.

Bis zur gegenseitigen Akzeptanz verschiedener Gedenk- und Protestformen war es ein weiter Weg. Während der DDR-Jahre dominierte bei den Dresdner Gedenkritualen zwar der Ruf „Nie wieder Krieg!“. Latent hielt sich aber der Mythos von der entmilitarisierten Kunststadt, deren Bombardierung einfach nur ein Terrorakt gewesen sei. Schon im Februar 1990 tauchten entsprechende Plakate an der Ruine der Frauenkirche wieder auf. Mit der Flut von Dresden-Literatur und dem Historikerstreit über den alliierten Bombenkrieg setzte eine Polarisierung ein. Nazis entdeckten ein Propagandafeld, mischten sich bei der Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof ein, inszenierten eigene „Trauermärsche“. Bis etwa 2005 schlossen sich ihnen auch Dresdner an, die sich im offiziellen Gedenken der Stadt nicht mehr wiederfanden.

Das Rathaus, aber auch die Bürger waren zunächst verunsichert, wie sie mit dem stetig wachsenden Zug von geistigen Erbgütern der Kriegstreiber umgehen sollten. Einen ersten Höhepunkt markierte der 60. Jahrestag des Bombardements 2005. Kurz zuvor war im Landtag seitens der NPD-Fraktion der Begriff „Bombenholocaust“ gefallen und hatte einen Eklat ausgelöst. Auf der einen Seite formierte sich mitten im Stadtzentrum zwischen Landtag und Semperoper der Zug der Nazis. Auf der anderen Seite standen erste große symbolische Gegenaktionen wie ein riesiger Kerzenteppich auf dem Theaterplatz, das noch etwas hilflose „Geh-Denken“ als Versuch des aktiven Protestes gegen den Missbrauch der Opfer und die wiederum ziemlich opferverachtenden Antifa-Aktionen unter dem Motto „No tears for krauts“ – keine Tränen für Deutsche.

In den Folgejahren spitzten sich die Gegensätze zu. Selbst eine von der Stadt eingesetzte Historikerkommission änderte an der Instrumentalisierung des Dresdner Opfermythos durch die Rechten nichts. Sie räumte mit Legenden über eine halbe Million Todesopfer und willkürliche Tieffliegerangriffe auf und stellte einigermaßen gesichert die immer noch fürchterliche Zahl von 25.000 Bombentoten fest. Zuletzt verwandelten mehrere Tausend Polizisten die Stadt in eine Festung und versuchten, Nazis und Gegendemonstranten zu trennen. Auf beiden Seiten standen längst nicht mehr nur Dresdner. Für diesen symbolisch aufgeladenen Tag warben Nazis in ganz Europa, und seit drei Jahren koordiniert das Bündnis „Dresden nazifrei“ die überregionale Beteiligung an Protesten und Blockaden.

Die CDU verfolgte eine Vogel-Strauß-Politik und sah im „stillen Gedenken“ die einzige Umgangsform mit dem 13. Februar, so, als existiere der mittlerweile größte europäische Nazi-Aufzug nicht. Neben den nach wie vor berechtigten Formen des stillen Gedenkens vor allem in Kirchen organisiert die Stadt gemeinsam mit der Universität seit 2010 am 13. Februar eine Menschenkette.

Parallel dazu drängte es eine wachsende Zahl von Menschen, die Nazi-Treffpunkte und ihre geplante Marschroute auch wirksam zu blockieren. Das glückte am Neustädter Bahnhof erstmals 2010 schlichtweg nach dem Massenwirkungsgesetz: Der Einsatzleiter sah sich nicht in der Lage, mehr als 10.000 Demonstranten zu räumen. „Rädelsführer“ wie die Linken-Landtagsfraktionsvorsitzenden von Sachsen und Thüringen André Hahn und Bodo Ramelow werden allerdings bis heute wegen „Sprengung einer genehmigten Versammlung“ verfolgt. Unbestritten ist aber auch, dass im Vorjahr meist Linksautonome mit Barrikaden und Steinwürfen dieses Ziel zu erreichen suchten. Über 100 Polizisten wurden in der Südvorstadt verletzt.

Die Bilder von den Eskalationen des Vorjahres haben den Prozess in der AG gewiss befördert. Keinen Einfluss haben konnte zunächst der Stimmungswandel nach der Aufdeckung der Zwickauer und Jenaer NSU-Terrorzelle. Denn die Arbeit der AG trat schon im Spätsommer 2011 in die entscheidende Phase. Selbst CDU-Ordnungsbürgermeister Detlef Sittel, der im Vorjahr noch eine klägliche Figur abgab, wünschte sich da überraschend „mindestens 50.000 Gegendemonstranten“. Aufgeschreckt haben die Enthüllungen zum rechten Terror jedoch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich von der CDU, sonst ein DDR-geschulter Opportunist. Zu Beginn dieses Jahres stand er verbal plötzlich in der ersten Reihe der Nazi-Gegner und verlangte ein „Zeichen gegen Rechts“.

Schmalbrüstige Provokateure

„Eigentlich hat jemand wie Tillich nach dem CDU-Verhalten in der Vergangenheit nicht die Legitimation, dazu Stellung zu nehmen“, kommentiert Paul Tschirmer, einer der Sprecher des Bündnisses „Dresden nazifrei“. Das Bündnis war zwar nicht offiziell zu den Runden der AG „13. Februar“ eingeladen, wird aber konsultiert. Inzwischen residiert man in einem kleinen Büro, der „Grünen Ecke“ in der Dresdner Neustadt, und ist vom Rathaus nicht mehr nur geächtet wie in den vergangenen Jahren. Tschirmer ist zwar nach wie vor überzeugt, dass Dresden bei der Bekämpfung der Nazi-Provokation Hilfe, ja sogar Nachhilfe von außen braucht. Aber er erkennt die Bewegung in der Stadtspitze an, auch die in der CDU.

Maßgeblicher Dissenspunkt bleibt nach wie vor die Einstellung zu Blockaden. Beim Bündnis sieht man sie geradezu als „moralische Pflicht“ an und fühlt sich durch Urteile des Bundesverfassungsgerichtes gestärkt. Gewaltfrei selbstverständlich, für militante Demo-Touristen will man keine Verantwortung übernehmen. „Wir können nur an die Einhaltung unseres eskalationsfreien Konzepts appellieren“, sagt Tschirmer.

Ein Reizthema für CDU und FDP im Landtag. Dort scheiterte der von der SPD initiierte Versuch einer gemeinsamen Erklärung am Blockadethema. Auf den besonderen Verfolgungseifer der Dresdner Staatsanwaltschaft angesprochen, bekräftigt Sachsens Generalstaatsanwalt Klaus Fleischmann zwar, dass es sich bei Demo-Blockaden um einen Rechtsverstoß handele. Der frühere sächsische Polizeipräsident, der sich als Jura-Student in Bayern sogar ein bisschen links gerierte, zeigt aber ein gewisses Verständnis für „Überzeugungstäter, die der Meinung sind, die Bekämpfung der braunen Gefahr würde dieses Mittel rechtfertigen“. Und er hält die massenhafte Handy-Funkzellenabfrage, die im Vorjahr ein bundesweites Echo auslöste, bei Großdemonstrationen für überholt und sinnlos.

Inzwischen keimt vorsichtiger Optimismus, dass es solcher Maßnahmen womöglich gar nicht mehr bedarf. Sowohl der Verfassungsschutz als auch das Antifaschistische Rechercheteam Dresden haben erhebliche Mobilisierungsprobleme der Rechten zumindest für den 18. Februar ausgemacht. Die JLO sei als Organisator umstritten. Antworten aus der braunen Szene zeugen von defensiver Gereiztheit. Der stellvertretende JLO-Bundesvorsitzende und „Trauermarsch“-Anmelder Kai Pfürstinger beharrt darauf, „dass wir uns von niemandem diktieren lassen, wann und ob wir Großveranstaltungen durchführen“. Aus der NPD-Landtagsfraktion ist allerdings auch die indirekte Bestätigung eines veränderten Konzepts zu vernehmen. Die JLO gilt hier als „etwas schmalbrüstig“, und man wolle sich in diesem Jahr lieber direkt auf den 13. Februar konzentrieren.

Es wird der unberechenbarste Tag werden. Noch ist nicht genau bekannt, was über den braunen Fackelzug hinaus von Nazi-Seite geplant ist. Im Internet häufen sich die Aufrufe zum „Brandschutz“ und zu „Löscheinsätzen“, durch Gegendemonstranten, nachdem im Vorjahr rund 2.000 Fackelträger fast ungehindert durch Dresden marschieren konnten.

Das Bündnis „Dresden nazifrei“ will sowohl für den 13. als auch für den 18. Februar mobilisieren und berichtet inzwischen von 15.000 Unterstützern bundesweit. Und wenn am 18. tatsächlich kaum Nazis erscheinen? „Dann feiern wir eben ein großes Fest der Demokratie“, sagt der ehemalige Kaplan Frank Richter.

<http://www.freitag.de/politik/1206-friede-auf-den-barrikaden>

domradio.de | 12.02.2012 | Marius Zippe

Dresden bereitet sich auf Kriegsgedenken und Neonazi-Aufmärsche vor

Eine Stadt zeigt wieder Rose

Ist der Höhepunkt der Neonazi-Aufmärsche in Dresden überschritten? Nach erfolgreichen Blockaden 2010 und 2011 haben die Rechtsextremisten offenbar ein Problem mit der Mobilisierung. Die Vorbereitungen für die Gegenproteste laufen dennoch.

Sie tauchte in den vergangenen Tagen häufiger im Dresdner Stadtbild auf: eine kleine weiße Kunststoffrose. Tausende Exemplare liegen zum Stückpreis von zwei Euro bereit. Die Stadtverwaltung wirbt bei den Bürgern dafür, sich die Blume als sichtbares Symbol für Frieden und Toleranz an die Jacke zu heften. Seit Tagen bereitet sich Dresden wieder auf das jährliche Kriegsgedenken am Montag (13. Februar) vor. Seit der alliierten Bombardierung 1945 gilt die Stadt als eines der Symbole für Tod und Zerstörung.

Wie schon in den Vorjahren, mobilisiert auch die rechtsextreme Szene ihre Anhänger. Tausende Neonazis aus dem In- und Ausland ziehen seit Jahren in der Elbestadt zu sogenannten Trauermärschen für die Bombenopfer auf. Die deutsche Kriegsschuld ignorieren sie natürlich.

Doch die Aufzüge der Rechten - normalerweise ein kleinerer an jedem 13. Februar und ein größerer, bundesweiter am Samstag danach - geraten ins Stocken. Laut sächsischem Verfassungsschutz liegt dieses Jahr bislang nur eine Versammlungsanmeldung von Neonazis für den 13. Februar vor. Die Behörde rechnet mit 1.000 bis 2.000 Teilnehmern, was an den Vorjahren gemessen verhältnismäßig wenig wäre.

Blockaden sorgen für anhaltenden Streit

Lange Zeit setzte Dresden dem Treiben verhältnismäßig wenig entgegen. Die Bilder und Schlagzeilen des Gedenktags bestimmten zumeist die Neonazis. Ihre Gegner von links bis konservativ fanden zunächst keine Basis für einen gemeinsamen Protest. In den vergangenen Jahren wurde der Widerstand dann deutlich größer. 2010 rief erstmals ein breites demokratisches Bündnis zu einer Menschenkette gegen rechts auf. Gut 15.000 Menschen kamen. Zugleich blockierten Anhänger des linken Bündnisses "Dresden Nazifrei" den Aufzug von immerhin 6.400 Neonazis. Ähnliches gelang im Jahr darauf. Bei den Rechtsextremen sorgt dies für starken Verdruss. Verfassungsschutz-Sprecher Falk Kämpf sagt, die rechte Szene habe bislang keine Strategie gefunden, ihre Großaufmärsche wieder erfolgreich in die Tat umzusetzen.

Die letztlich erfolgreichen Blockaden sorgen dennoch für anhaltenden Streit. CDU, FDP und die sächsischen Behörden werten die Verhinderung genehmigter Aufmärsche als

Straftat. Die Polizei ging 2011 gegen die zu Tausenden angereisten Blockierer vor, es kam zu heftigen Krawallen. Im Nachgang kam sogar heraus, dass die Sicherheitsbehörden im Umfeld der Blockaden über eine Million Handydaten abgefragt hatten, auch von den überwiegend friedlichen Teilnehmern oder unbeteiligten Anwohnern.

Gerechtfertigt wurde dies mit der Verfolgung von Gewalttätern. Wegen seiner rigorosen Methoden musste sich Sachsen den Vorwurf gefallen lassen, Neonazi-Gegner zu kriminalisieren. Die Diskussion um die Blockaden reicht auch bis in die Kirche hinein. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus stellte sich Ende Januar hinter den erneuten Blockadeaufruf des Bündnisses "Dresden Nazifrei". Sachsens evangelischer Landesbischof Jochen Bohl schloss sich dem nicht an. Er werde als leitender Geistlicher nicht dazu aufrufen, "illegale Handlungen" zu begehen.

Druck auf die sächsische Politik

Trotz ihrer Differenzen stehen sich die Nazi-Gegner gar nicht mehr so unversöhnlich gegenüber. Die negativen Schlagzeilen aus dem vergangenen Jahr erhöhten den Druck auf die sächsische Politik. Auch die Enthüllungen um das in Zwickau untergetauchte rechte Terrortrio haben zu einem Klima beigetragen, in dem erstmals auch Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) ein NPD-Verbot gefordert hat.

Neben der Menschenkette am 13. Februar planen Stadtspitze und Parteien erstmals am 18. Februar eine gemeinsame Kundgebung gegen rechts. Die Vorbereitungen dafür liegen bei der "AG 13. Februar". Deren Moderator, Frank Richter, lehnt die Blockaden zwar ab und spricht von einem "unüberbrückbaren Gegensatz" zum Bündnis "Dresden Nazifrei". Dennoch sehen "wir uns nicht in politischer Gegnerschaft".

Obwohl es bislang keine Neonazi-Anmeldung für den 18. Februar gibt, halten die Initiatoren an sämtlichen Veranstaltungen und Demonstrationen fest. Es gehe auch um Verhinderung kurzfristiger Aufmarschversuche der Rechten, sagt ein Vertreter des Blockade-Bündnis. epd

<http://www.domradio.de/aktuell/79797/dresden-bereitet-sich-auf-kriegsgedenken-und-neonazi-aufmaersche-vor.html>

Spiegel online | 12.02.2012 | Maximilian Popp

In Trauer entzweit

Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg planen Neonazis einen Aufmarsch. In der Bevölkerung regt sich Widerstand. Doch ein Streit über den Umgang mit der Vergangenheit blockiert ein geschlossenes Vorgehen gegen die Rechtsextremen.

Als die Bomben der Alliierten niedergegangen waren, riss Henny Brenner den gelben Stern von ihrem Mantel. Sie kletterte aus dem Luftschuttkeller, Dresden brannte. Leblose Körper lagen auf den Straßen. Sie ignorierte das Heulen der Sirenen, den Gestank der verkohlten Leichen. Sie sah Tod und Zerstörung, aber sie wusste auch, dass sie nun frei war.

Wenn Henny Brenner heute von jenem 13. Februar 1945 erzählt, schließt sie die Augen. Sie spricht ruhig über den Tag, der mindestens 20.000 Menschen das Leben kostete, aber sie rettete. Vor ihr auf dem Tisch in ihrer Münchner Wohnung liegt die "Jüdische

Allgemeine". Sie ist trotz alledem in Deutschland geblieben, inzwischen ist sie Großmutter. 769 Lancaster-Maschinen der Royal Air Force flogen am 13. Februar 1945 über Dresden hinweg und warfen mehr als 2600 Tonnen Bomben ab. Am nächsten Tag entluden 311 amerikanische Kampfflieger 700 Tonnen. Die Explosionen gruben Krater in die Straßen. Dresden wurde zum weltweiten Symbol für den Bombenkrieg, für manche zu einem "deutschen Hiroshima". Für Henny Brenner bleibt der 13. Februar der Moment ihrer Befreiung vom Nazi-Regime. Sie war Zwangsarbeiterin in einem Zeiss-Werk in der Stadt, am 16. Februar sollte sie in ein Konzentrationslager deportiert werden.

Henny Brenner erzählt ihre Geschichte heute an Schulen und Universitäten. Sie will nicht hinnehmen, dass Dresden im Gedächtnis der Nachwelt bloß die gepeinigste Barockstadt bleibt. Sie greift in eine der empfindlichsten Auseinandersetzungen der jüngeren deutschen Geschichte ein.

In keiner Stadt ist die Erinnerung so präsent

"Das Dresdner Gedenken war jahrzehntelang ein kollektives Verdrängen und gemeinsames Vergessen", sagt der Dresdner Historiker Matthias Neutzner. Sein Kollege Gorch Pieken, Leiter des Dresdner Militärmuseums, kritisiert, die Stadt begreife sich zuallererst als Opfer, ihre faschistische Geschichte werde oft ausgeblendet. "Dresden hat den unstillen Charakter eines Ortes mit romantischen Selbstbild und einer Vergangenheit, die sie lieber nicht diskutiert", schreibt der amerikanische Dramatiker George Packer im Magazin "New Yorker".

Erst allmählich wehren sich zivilgesellschaftliche Gruppen in Dresden gegen das kritiklose Erinnern an die Bombardierung. Auch, weil seit einigen Jahren die Neonazis den Tag für ihre Geschichtsklitterung benutzen. Im vergangenen Jahr zogen am 13. Februar Tausende Neonazis mit Fackeln, Kreuzen und schwarzen Fahnen durch die Stadt. Linke Gegendemonstranten griffen Polizisten an, Müllcontainer brannten, hundert Beamte wurden verletzt. Für Montag haben die Rechten erneut mobilisiert. Aktivisten vom Bündnis "Dresden-Nazifrei" wollen den Aufmarsch unter anderem durch Blockaden verhindern.

Der Streit ums Gedenken wirft in Dresden grundsätzliche Fragen auf, die sich wenige Monate nach Bekanntwerden der neonazistischen Mordserie von Zwickau mit neuer Dringlichkeit stellen: Wie lässt sich an deutsche Opfer im Zweiten Weltkrieg erinnern, ohne die NS-Verbrechen zu relativieren? Wie lässt sich verhindern, dass das Gedenken von Rechtsextremen missbraucht wird?

Zwar waren auch andere deutsche Städte von Luftangriffen im Zweiten Weltkrieg betroffen, bei der Bombardierung Hamburgs im Juli 1943 kamen zum Beispiel mehr Menschen ums Leben als in Dresden 1945, doch in keiner Stadt ist die Erinnerung so präsent wie in Dresden.

Die Sowjets und die DDR setzten die Geschichtsfälschung fort

Der Soziologe Karl-Siegbert Rehberg hat in einer Studie für die Universität Cambridge das Kriegsgedenken in Dresden, Guernica und Sarajevo untersucht. Er glaubt, der 13. Februar sei in seiner Bedeutung einzigartig, weil sich zwei Mythen darin verbänden: Der Mythos der prachtvollen Kunststadt und der ihrer grundlosen Zerstörung.

Dresden gilt seit August des Starken als Wunder des Barock. In der Romantik wurde die Stadt zu einem deutschen Sehnsuchtsort überhöht. Zum "Elbflorenz". "Dresden liegt unter italienischem Himmel", schrieb Heinrich von Kleist, ohne je in Italien gewesen zu sein.

Die Zerstörung der Altstadt steigerte diesen Mythos. Die NS-Propaganda bediente sich seiner, um Dresden als unschuldige Kunststadt zu inszenieren. Sie verschwieg, dass das Regime dort acht KZ-Außenlager unterhielt, dass Dresden Rüstungsstadt und Bahnknotenpunkt war. Die Sowjets und die DDR setzten die Geschichtsfälschung der

Nazis fort. Sie deuteten die Bombardierung als "Barbarei des westlichen Imperialismus". Die vergangene Schönheit Dresden sollte die scheinbare Niedertracht der Zerstörung potenzieren.

Dieser "Doppelmythos", sagt Soziologe Rehberg, habe bis heute Bestand. Zum 50. Jahrestag der Bombardierung, 1995, hielt Bundespräsident Roman Herzog eine Rede vor der Frauenkirche. Er etablierte Dresden als den Ort, an dem das vereinte Deutschland seiner Opfer aus dem Zweiten Weltkrieg gedenkt. Niemand nahm damals die Warnungen des Philosophen Ralph Giordano vor den Geschichtsrevanchisten ernst. Heute bestimmen sie das Bild des 13. Februar.

Es war ein Leichtes für die Neonazis, an das Gedenken der Dresdner anzuknüpfen. Sie griffen die Dresdner Opfer-Legende auf und erweiterten sie mit ihrer antiamerikanischen Hetze: "Die Gleichen, die damals keine Skrupel hatten, Abertausende Zivilisten kaltblütig umzubringen, kennen auch heute keine Skrupel. Von Dresden über Korea, Vietnam und Bagdad zieht sich eine Spur durch das 20. Jahrhundert, die sie auch mit noch so viel Niedertracht nicht den Deutschen in die Schuhe schieben können", sagte NPD-Chef Holger Apfel im sächsischen Landtag. Rechtsextreme Politiker und Wiking-Jugend legten jahrelang am Bauzaun der Frauenkirche Kränze nieder; die Stadt ließ sie gewähren. Noch im Jahr 2000 marschierten Neonazis am 13. Februar nahe der zerstörten Dresdner Synagoge.

"Die Dresdner wollen an diesem Tag keinen Trubel"

Anderswo wehren sich Bürger und Politik gemeinsam gegen Nazi-Aufmärsche. In Dresden verhindert der Streit ums Gedenken jedoch bislang ein geschlossenes Vorgehen gegen Rechts. Der Opferkomplex sitzt so tief, dass die Stadt erst allmählich begreift, dass es mit stillen Erinnern am 13. Februar nicht mehr getan ist.

Das Rathaus hat den Theologen Frank Richter beauftragt, den Konflikt zu entschärfen. Richter gründete zu DDR-Zeiten die Gruppe der 20, die mit SED-Führung und Volkspolizei über politische Forderungen verhandelte. Er leitet die sächsische Landeszentrale für politische Bildung, seit vergangenem Sommer ist er ehrenamtlich Moderator der "Arbeitsgemeinschaft 13. Februar". Frank Richter hat nun zumindest einen gemeinsamen Demonstrations-Aufruf aller demokratischen Parteien gegen die Neonazis zustande gebracht - allerdings für Samstag, den 18. Februar.

Am 13. Februar, dem Tag des Neonazi-Aufmarschs, soll es lediglich eine Menschenkette als Symbol des Widerstands geben. Anti-Nazi-Demos seien schön und gut, aber der 13. Februar gehöre dem "stillen Gedenken", heißt es im Rathaus. "Die Dresdner wollen an diesem Tag keinen Trubel."

Laut einer Umfrage der TU Dresden halten nur 38 Prozent der Dresdner Bürger den Protest gegen die Neonazis für wichtiger als das "stille Gedenken" an die Bombennacht. Ausgerechnet in dem Bundesland, das ein Jahrzehnt lang Unterschlupf für eine neonazistische Mörderbande bot, droht ein entschiedenes Vorgehen gegen Rechts am eigentümlichen Erinnerungskult seiner Bürger zu scheitern.

<http://forum.spiegel.de/f22/jahrestag-des-dresden-bombardements-trauer-entzweit-54180.html>

Resolution aus Ilmenau gegen Neonazi-Aufmarsch in Dresden

Die Fraktionen des Ilmenauer Stadtrats haben einhellig eine Resolution zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens verabschiedet. Das Gedenken an die Tragödie wird alljährlich von Neonazis missbraucht, deren Aufmärsche in der Stadt an der Elbe als europaweit größte gelten.

Ilmenau. Nicht zuletzt die Tatsache, dass ein Mitglied des Nazi-Trios aus Jena das Ilmenau-Kolleg besuchte, hat die Ilmenauer Abgeordneten dazu bewogen, den Aufzug der Rechtsextremen zu verurteilen. Wörtlich heißt es in der von allen Fraktionsvorsitzenden unterzeichneten Resolution: »Auch im Jahr 2012 soll der Jahrestag der Bombardierungen Dresdens wieder von Unbelehrbaren und Ewiggestrigen missbraucht werden, um ihre rechtsextreme und menschenverachtende Ideologie zu verbreiten.«

Der Kampf gegen Rechtsextremismus brauche eine starke Zivilgesellschaft, die den Naziaufmärschen ihre Mittel entgegensetzt. »Die Stadt Ilmenau stellt sich deshalb geschlossen hinter die Dresdner Bürgerinnen und Bürger und ermuntert auf diesem Weg alle Ilmenauer, nach ihren Möglichkeiten die Dresdner in ihrem friedlichen Engagement gegen den Rechtsextremismus zu unterstützen«, ist die Kernaussage des Textes. »Besonders nach den schockierenden Enthüllungen um den 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) und seine Verbindung zu Ilmenau wollen wir ein starkes Zeichen setzen, dass nationalsozialistisches Gedankengut in unserer Gesellschaft keinen Platz hat«, erklären die Fraktionsvorsitzenden.

Initiiert hatten die Resolution die Vorsitzenden der Fraktionen von SPD und Bürgerbündnis / Pro Bockwurst (BBW), Kay Tischer und Norbert Zeike. Sie legten ihr Papier vergangene Woche im Ilmenauer Hauptausschuss vor und ernteten dafür ohne Diskussion Zustimmung. Noch einen Schritt weiter geht die Kreissprecherin der Grünen, Madeleine Henfling. Sie bittet jeden, dem es möglich ist, selbst bei den Demonstrationen am 13. und 18. Februar dabei zu sein. »Auch in diesem Jahr braucht es entschlossene Bürgerinnen und Bürger, die sich in Dresden gegen Nazis, Geschichtsrevisionismus und Repression stellen. Wir alle sind als Bürgerinnen und Bürger verantwortlich, egal ob aus Dresden, Sachsen oder dem Ilmkreis, wir alle haben die gemeinsame Verantwortung für unsere Demokratie, für die Würde aller Menschen in unserer Gesellschaft. Dresden geht uns alle an«, meinte sie. Waren es 2010 rund 12 000 Menschen, die sich den Neonazis entgegenstellten, sind es im vergangenen Jahr nach Auskunft der Grünen-Politikerin bereits 20 000 gewesen. Für eine Teilnahme an den Protesten soll auch ein Bus organisiert werden, hieß es.

Nach Angaben sächsischer Zeitungen werden am Wochenende in Dresden etwa 1500 Rechtsextreme erwartet. Die Polizei will mit rund 4500 Beamten in der Stadt unterwegs sein. Unter dem Motto »Mut Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe« wird eine Menschenkette organisiert, in der Frauenkirche kommen Zeitzeugen zu Wort.

<http://www.thueringer-allgemeine.de/startseite/detail/-/specific/Resolution-aus-Ilmenau-gegen-Neonazi-Aufmarsch-in-Dresden-1427860387>

Wider den "braunen Dreck"

Kampf um die Erinnerung: Der Schock über die NSU-Morde mobilisiert in Dresden den Protest gegen rechte Demonstranten.

Geschichtspolitik lebt! Als »bürgerkriegsähnliche Zustände« hat der Dresdner Polizeichef Dieter Kroll kürzlich bezeichnet, was sich im vergangenen Februar bei Gedenkveranstaltungen zu den Bombenangriffen 1945 auf Dresden abgespielt hat. Über die Frage, wem die Erinnerung gehört, welches Gedenken legitim ist, war die Stadt zur Kampfarena geworden. Links der Elbe, in der Altstadt, marschierten die Neonazis mit ihren Fackeln, den Wagner-Klängen aus dem Lautsprecher, den weißen Gesichtern und schwarzen Fahnen. Rechts der Elbe waren die Gegendemonstranten aufgezo- gen, darunter die linke Mitte, DGB, Kirchen, Linkspartei und Grüne, aber auch die schwarzen Antifa-Gruppen mit Plakaten wie »Ihr habt den Krieg verloren«, »Stalingrad«, oder »Heult doch, deutsche TäterInnen waren keine Opfer«. Hätte man die Demonstranten nicht getrennt, da ist Kroll sicher, hätte es »Tote und Verletzte« gegeben. Nun befürchtet der Polizeichef Schlimmstes für den kommenden Montag.

Aber er wird vermutlich positiv überrascht werden. Über Jahre hat Dresden nicht geschafft, was Wunsiedel, Jena oder Leipzig fertiggebracht haben: Aufmärschen der Neonazis durch einen starken Auftritt der gesellschaftlichen Mitte die Bühne streitig zu machen. Jetzt hat sich der Wind gedreht. Nachdem der »Trauermarsch« mit 8.000 Demonstranten in den vergangenen Jahren zur größten Neonazi-Versammlung in ganz Europa angeschwollen war, rechnet man für kommenden Montag, den Jahrestag des ersten Bombenabwurfs, mit höchstens 2.000 Rechtsextremen. Für den 18. Februar, den früheren Hauptkampftag, haben die Organisatoren von der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) sogar ihre Anmeldung zurückgezogen. Ist das, was Dresden jetzt erlebt, ein Triumph der Zivilgesellschaft? Oder ist den Neonazis einfach der Schrecken über das Terrornetzwerk NSU in die Knochen gefahren?

Bei der NPD, die mit acht Abgeordneten im Sächsischen Landtag sitzt, will man von Schrecken nichts wissen. Jürgen Gansel, Historiker aus Gießen und Fraktions-Intellektueller, hat vor ein paar Jahren das Wort vom »Bomben-Holocaust« geprägt. Der Titel seiner Magisterarbeit lautete *Antikapitalismus in der »Konservativen Revolution« von 1918-1932*. Er spricht höflich, schnell und schneidig, auch im Plenum. »Das nationale Lager wird sich von dieser Dreierbande, von dieser distanzierungswürdigen NSU-Geschichte nicht beeindrucken lassen.«

Die Politisierung des Gedenkens sei ihm ebenso zuwider wie den meisten Dresdnern, sagt Gansel. »Als Enkel von Vertriebenen möchte ich daran erinnern, dass das hier eine unbefestigte Lazarettstadt war, mit Zehntausenden Ostflüchtlingen.« Die Opferzahlen (er spricht von 250.000, Historiker von höchstens 35.000) würden jedes Jahr weiter heruntergerechnet. Und fügt noch hinzu: »Selbst die SED hatte noch mehr nationale Erinnerungskultur als das heutige System. Im Gedenken an den »Anglo-Amerikanischen Bombenterror« bewies sie ausnahmsweise mal die richtige Gesinnung!«

Hoch über der Stadt liegt der Heidefriedhof. Ein riesiges Areal aus Baumalleen führt in der Mitte auf ein Rondell, das wohl so ist, wie sich viele Dresdner das Gedenken wünschen: still, melancholisch und ein bisschen kitschig, versöhnlich. Mit weißen Rosen in der Hand trifft sich das Bündnis AG 13. Februar am Montagnachmittag an der Skulptur *Tränenmeer*. Dann zieht man vorbei an den Heldengräbern des kommunistischen Widerstands, auf der Allee der Gerechten zu dem Platz mit Opferschale und Stelen, auf denen die Namen von Auschwitz und anderen Lagern stehen. Gegenüber finden sich Stelen mit den Ortsnamen

Coventry, Warschau, Oradour und – Dresden.

"Dresden war nicht unschuldig"

Unerträglich, findet Friedemann Bringt, ein Sozialpädagoge, der seit Jahren im Kulturbüro Sachsen e.V. für eine andere Erinnerung und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus streitet. »Auschwitz gleich Dresden – das ist doch eine unerträgliche Einebnung! Die Leute halten sich hier immer am Mythos von der unschuldigen Kulturstadt fest. Aber Dresden war nicht unschuldig.« Deshalb hat das Bündnis Dresden stellt sich quer einen »Mahngang Täterspuren« durch die Stadt gelegt. Er erinnert an Zwangsarbeit, Deportationen, das Judenlager Hellerberg. Daran, dass Dresden die Stadt mit dem höchsten NSDAP-Organisationsgrad war. Und daran, dass ausgerechnet die Frauenkirche – heute der Hauptschauplatz der Versöhnung – der Dom der »Deutschen Christen« war, der protestantischen Naziorganisation für »entjudetes Christentum«.

Linke wie Rechte können für den 13. Februar quasi aus dem Bauch heraus mobilisieren. Sie wissen, wo sie stehen und welche Deutung sie dem Datum geben wollen. Ein echtes Problem hat eigentlich nur eine Partei: die CDU. Seit es die Neonaziaufmärsche gibt, seit den neunziger Jahren also, haben sämtliche ihrer Ministerpräsidenten das Thema heruntergespielt. Angeprangert hatte man lediglich den »Chaoten-Tourismus« des Antifa-Blocks – dessen Aktionen die Sächsische Staatsanwaltschaft mit einer Härte verfolgt hat, die in anderen Bundesländern ihresgleichen sucht. Sitzblockaden sind in Sachsen eine Straftat.

Aber in der CDU hat sich eine kleine Kulturrevolution ereignet. Als sich die Nachricht von den NSU-Morden verbreitet hatte, sprach Ministerpräsident Stanislaw Tillich von »braunem Dreck«, den Sachsen loswerden müsse. Erstmals in diesem Jahr ruft auch die CDU zur Gegendemonstration auf, nicht nur zum »stillen Gedenken«. Johannes Lichdi, ein grüner Landtagsabgeordneter, will zwar noch nicht von einem Triumph der Zivilgesellschaft sprechen. Nächstes Jahr könnte der NSU-Schock verflogen sein. »Falls es uns wirklich gelingen sollte, den Aufmarsch von vornherein zu verhindern«, meint er dann aber doch, »dann dürfen wir ein Fest der Demokratie feiern.«

<http://www.zeit.de/2012/07/Dresden>
